

## Musterbrief

Datum,

Sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrter Abgeordneter,

als Lehramtsanwärter (Deutsch, Sozialwissenschaften; Sek 1) möchte ich mich mit der dringenden Bitte an Sie wenden, die Prüfung meines Falles - der im übrigen kein Einzelfall, sondern einer von 80 Prozent aller LAA in meinem Seminar ist - als Große Anfrage in den Landtag zu bringen:

Am 8. August 2006 habe ich unter der Zusage der künftigen Bezahlung nach BAT III bzw. A 12 an der Städtischen Hauptschule Mommsenstraße in Köln Sülz und am Studienseminar Köln 1 meinen Vorbereitungsdienst begonnen. Mit der monatlichen Brutto-Bezahlung von 992,02 Euro plus Zulagen (195,33 Euro) während der Ausbildungszeit und einer Bar-Kreditaufnahme zur Sicherung meiner familiären Existenz in Höhe von 20.000 Euro (Rückzahlung in 36 Monatsraten á 603,14 Euro, Zins: 5,55 %) — verheiratet, Vater einer schulpflichtigen Tochter und Sohn einer pflege- und hilfsbedürftigen Mutter (Nachweise können erforderlichenfalls nachgereicht werden) — war ich nicht zuletzt auch deshalb einverstanden, weil u.a. in NRW Herr Ministerpräsident J. Rüttgers und in Berlin jüngst Herr Bundespräsident H. Köhler die Wichtigkeit des Lehrerberufes und dessen angemessene Dotierung wiederholt glaubhaft in Aussicht gestellt hatten. Im Internet ist im Übrigen interessanterweise mit der Dotierung nach A 12 u.a. bei leo auch noch nach Ingangkommen der TV-L-Diskussion geworben worden.

Ab 1. November sollen entgegen dieser zum Teil noch bestehenden Versprechungen

a) sämtliche Zulagen entfallen

und

b) bei Ende der Lehrerausbildung und Einstellung in den Angestelltendienst eine Eingruppierung in Gruppe 11 und Stufe 1 (statt BAT III) erfolgen.

a) bedeutet in meinem Fall den Wegfall von 20 Prozent meiner bisherigen - versprochenen! – Einnahmen,

b) hätte im Vergleich zu Beamten 35 % geringere Einkünfte und zu BAT III 25 % Gehaltseinbußen zur Folge.

In konkreten Zahlen sei dieses Beispiel angeführt:

Familienvater, 40, Dienstalter 37, 2 Kinder, Steuerklasse 3, 14% Krankenkassenbeiträge, Nettoeinkommen:

- ca. 2638 € nach Verbeamtung A12, Stufe 3 unter Berücksichtigung der Jahressonderzahlung
- ca. 2298 € nach BAT III unter Berücksichtigung der Zuschläge, des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes
- ca. 1713 € nach TV-L Entgeltgruppe 11, Stufe 1

In meinem Fall ist unter a) und b) davon auszugehen, dass die Kreditrückzahlung bei diesen Einbußen nicht mehr möglich und meine finanzielle Existenz — ebenso die meiner Familie — bedroht ist.

Daher bitte ich vor diesem Hintergrund um Klärung, ob es zulässig, politisch verantwortbar und verhältnismäßig ist, mich nach Start des Vorbereitungsdienstes mit Lohneinbußen von 20 bis 35 Prozent zu konfrontieren.

Zusätzlich möchte ich darauf hinweisen, dass ein solches Gebaren nicht geeignet ist, dazu beizutragen, Spannungen zu reduzieren, die innerhalb des Kollegiums aufgrund ungleicher Bezahlung für gleiche Tätigkeiten bereits jetzt bestehen.

Vielen Dank für ihr Bemühen  
hochachtungsvoll

Name / Unterschrift